
Kinderlosigkeit im Kontext von Generationenvertrag und alltäglicher Solidarität

Beat Fux

Zusammenfassung

Zur anhaltenden Geburtenschwäche in den europäischen Ländern trägt nicht zuletzt die Zunahme der Kinderlosigkeit bei. Weil für die Architekten der umlagebasierten Rentenversicherungen bestandserhaltende Fertilitätsziffern noch eine weitgehende Selbstverständlichkeit darstellten, erstaunt es kaum, dass der Verzicht auf eigene Kinder als unsolidarisches Verhalten gegenüber der Gesellschaft gewürdigt wird. Der Beitrag versucht in einem ersten Schritt die langfristige Entwicklung der Kinderlosigkeit nachzuzeichnen. Dabei lässt sich zeigen, dass sich aus heutiger Sicht die niedrige Prävalenz der Kinderlosigkeit während der Babyboom-Phase als Ausnahmesituation zu werten ist. Schon im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts war Kinderlosigkeit ebenso verbreitet wie heute. Betrachtet man die Zunahme kinderloser Lebensformen seit Beginn des zweiten demografischen Übergangs, dann hängt diese weniger mit hedonistischen Werthaltungen als mit dem Aufschieben der Geburten zusammen und kann daher mit makrosoziologischen Faktoren wie der Bildungsexpansion oder der Erwerbsintegration von Frauen in Zusammenhang gebracht werden. Erklärungskräftig ist weiter die ökonomische Situation: so erhöhen insbesondere Wirtschaftskrisen die Kinderlosigkeit. Weiter lässt

B. Fux (✉)

Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie, Universität Salzburg, Salzburg, Österreich

E-Mail: beat.fux@sbg.ac.at

sich zeigen, dass nationale Familienpolitiken, die sich um einen effektiven Leistungsausgleich bemühen, die Kinderlosigkeit günstig beeinflussen. Auf mikrosoziologischer Ebene versuche ich zu zeigen, dass sich die Netzwerke Kinderloser zwar von jenen der Eltern unterscheiden. Gemessen am inter-individuellen solidarischen Verhalten (u. a. Transfers, alltagspraktische Hilfe) unterscheiden sich die beiden Gruppen vergleichsweise wenig. Vor diesem Hintergrund wäre es verfehlt, Kinderlose für die Aufkündigung des Generationenvertrags, respektive die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung verantwortlich zu machen.

Schlüsselwörter

Kinderlosigkeit · Rentenversicherung · Umlageverfahren · Generationenvertrag · Intergenerationelle Solidarität · Familienpolitik

1 Einleitung

Anlässlich der politischen Debatten zur deutschen Rentenreform 1957, als insbesondere über die Etablierung eines Umlageverfahrens gestritten wurde, schmetterte Konrad Adenauer jenen Teil des Schreiber-Plans¹, welcher neben dem Solidarvertrag mit der älteren Generation auch eine Kinder- und Jugendrente einforderte, mit folgendem Argument ab: „Kinder kriegen die Leute immer“ (Steingart 2005, S. 126). Ein komplexes Amalgam etwa gleichzeitig beginnender struktureller Prozesse (u. a. Hochkonjunktur, Bildungsexpansion) im Verein mit einem tief greifenden Wertewandel (u. a. Egalisierung der Geschlechterrollen-normen, Aufblühen postmaterialistischer Haltungen) sowie technologischen Innovationen (z. B. moderne Kontrazeptiva) lässt schon kurze Zeit später Adenauers Sichtweise obsolet werden und bringt den Generationenvertrag in Turbulenzen. Denn mit dem seit Mitte der 1960er-Jahre nahezu europaweit einsetzenden Geburtenrückgang entsteht eine neue Bevölkerungsweise (Mackenroth 1953), bei der die biologische Reproduktion keine Selbstverständlichkeit mehr darstellt,

¹Vgl. den vollständigen Nachdruck der von Wilfrid Schreiber 1955 im Auftrag des Bundes Katholischer Unternehmer verfassten Vorschläge zur Reform der Sozialversicherungen: Schreiber, W. 2004.

sondern auf rationalen Kalkülen basiert.² Damit sind die Voraussetzungen gegeben, um den ‚Reproduktionsverweigerern‘ einen Mangel an Solidarität sowie eine Mitverantwortung an den sich abzeichnenden Problemen der staatlichen Altersvorsorge aufzubürden. Anhand der Kinderlosigkeit soll daher zunächst untersucht werden, inwiefern vom Wandel reproduktiven Handelns auf eine gesellschaftliche Entsolidarisierung geschlossen werden kann.

Die Fertilitätsentwicklung der vergangenen Dekaden spiegelt die veränderten Motivlagen und Rationalisierungstendenzen sehr eindrücklich wider. Rangierten 1960 wenige mittelosteuropäische Länder unterhalb der demografischen Bestandserhaltungsquote (TFR = 2,1), so lagen 1975 gleichviele Länder unter- respektive oberhalb dieses Schwellenwerts. 15 Jahre später konnten sich gerade noch Irland und Island demografisch reproduzieren. Berücksichtigt man, dass die Altersrenten in allen europäischen Ländern auf Umlage- oder Mischverfahren (vgl. MIS-SOC 2018) basieren, dann ist nicht von der Hand zu weisen, dass numerische Verschiebungen in der Altersstruktur und näherhin zwischen der Generation, welche die Rentenfonds ansammelt, respektive aus diesen ihre Pensionen bezieht, gravierende Auswirkungen hat. Neben der Fertilität verursacht aber beispielsweise auch die Lebenserwartung, welche in Europa zwischen 1980 und 2016 um durchschnittlich fünf bis acht Jahre anstieg, analoge Effekte. Der Umstand, dass die reproduktiven Entscheidungen, im Unterschied zum Erfolg des Gesundheitswesens, in den Bereich individueller Willkür fallen, verleiten allzu häufig zur Verwendung martialischer Metaphern für Schuldzuweisungen: Da ist von einem „Methusalem-Komplott“ (Schirrmacher 2004) die Rede, in dessen Rahmen es zu wechselseitigen „rassistischen Altersstereotypen“ kommt; man antizipiert einen „Kampf der Generationen“ (Gronemeyer 2004) und näherhin einen „Aufstand

²Unter einer Bevölkerungsweise verstehen wir im Anschluss an Gerhard Mackenroth ein über einen bestimmten Zeitraum relativ stationäres Muster reproduktiven Verhaltens, das sich 1) auf das physische *Können* (Zeugungs- und Gebärfähigkeit), 2) soziale Normen – *Dürfen* – (d. h. Vorstellungen über die wünschenswerte Kinderzahl, eheliche und außereheliche Mutterschaft etc.), 3) das persönliche *Wollen* (d. h. die individuelle Entscheidungsfreiheit bezüglich sexueller Praxis und biologischer Reproduktion sowohl was die Anzahl der Kinder als auch den Zeitpunkt der Geburten angeht) zurückführen lässt, welche makrosoziologisch eingebettet sind in 4) einen spezifischen sozialökonomischen und 5) sozialkulturellen Kontext. Ron Lesthaeghe und Dirk J. van de Kaa sprechen in diesem Kontext von einem zweiten demografischen Übergang (van de Kaa 1987) und rekonstruieren den Geburtenrückgang mit Bezug auf Philippe Ariès (1980) als „1) Shift from the golden age of marriage to the dawn of cohabitation; 2) Shift from the era of the king-child with parents to that of the king-pair with a child; 3) Shift from preventive contraception to self-fulfilling conception; 4) Shift from uniform to pluralistic families and households“ (van de Kaa 1987, S. 11).

der Alten“ (Lühdorff 2007).³ Dies allein ist Grund genug, um sich einigermaßen nüchtern der Generationenbeziehungen und dem Wandel der Solidaritäten zu vergewissern. Das Ziel dieses Aufsatzes besteht nicht in der Darstellung der wissenschaftlichen Debatte um Rentenfinanzierung und Generationensolidarität im Allgemeinen. Vielmehr soll das Hauptaugenmerk auf die Zusammenhänge zwischen Kinderlosigkeit auf intergenerationaler Vergemeinschaftung gerichtet werden. Der Beitrag gliedert sich in fünf Abschnitte. Zunächst (Abschn. 2) erörtern wir aus einer europäisch vergleichenden Perspektive den demografischen Prozess zunehmender Kinderlosigkeit. Beim Versuch, die langfristige Entwicklung zu rekonstruieren, stellt sich die Frage der Rationalität reproduktiver (Nicht)-Entscheidungen. Auf makrosoziologischer Ebene fokussieren wir auf die gesellschaftliche Akzeptanz der Kinderlosigkeit sowie die Frage, inwieweit der Prozess durch sozial- und familienpolitische Interventionen beeinflusst werden kann. Sodann (Abschn. 3) untersuchen wir die Auswirkungen der zunehmenden Kinderlosigkeit auf den Generationenvertrag. Im folgenden Abschn. (4) wechseln wir auf die Ebene individuellen Verhaltens und evaluieren die Zusammenhänge zwischen Kinderlosigkeit und intergenerationaler Solidarität. Im Fokus steht die Frage, ob Kinderlosen mit dem Verzicht auf eine Familie in späteren Lebensabschnitten eine wichtige Quelle für Solidarität und reziprokes Handeln fehlt, die gegebenenfalls sozialpolitisch kompensiert werden müsste. Im Fazit (Abschn. 5) versuchen wir die beiden Ebenen zueinander in Beziehung zu setzen.

2 Kinderlosigkeit, Geburtenrückgang und schrumpfende Gesellschaften

2.1 Kinderlosigkeit und rationales Handeln

Reproduktive (Nicht-)Entscheidungen zählen zum Kernbestand der Privatsphäre. Jedoch determinieren diese sowohl die Entwicklung der Fertilität als auch die demografische Alterung. Insofern stellen sie eine zentrale Rahmenbedingung

³Schon im Kontext des älteren Geburtenrückgangs drückten sich Autor_Innen sehr pointiert aus. Ernst Kahn sprach vom „*internationalen Geburtenstreik*“ (Kahn 1930). Mit seinen Büchern „*Volk ohne Jugend*“ (1932) oder „*Geburtenschwund – die Kulturkrankheit Europas und ihre Überwindung in Deutschland*“ (1942) bediente Friedrich Burgdörfer nicht zuletzt die Anliegen der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik. Eugenische Argumente finden sich auch im Buch; „*Krise in der Bevölkerungsfrage*“ (1934), mit dem Alva und Gunnar Myrdal jedoch den Grundstein der sozialdemokratischen Bevölkerungs- und Familienpolitik Schwedens legten.

für die Ausgestaltung des zukünftigen Generationenvertrags dar. Wir haben es somit mit einer durchaus komplexen Mehrebenenproblematik zu tun. Individuen sind geprägt durch demografische und sozialstrukturelle Rahmenbedingungen und determinieren mit ihrem Handeln die Fortentwicklung der einschlägigen Prozesse. Darüber hinaus ist reproduktives Handeln auf der mikrosoziologischen Ebene eingebettet in einen interindividuellen Rahmen, innerhalb dessen es gilt, Werthaltungen, Erwartungen und Ressourcen eingedenk der Erfahrung von Restriktion optimal zu integrieren.

Bei der Entscheidung Kinder zu bekommen, also der Stiftung von Generationenbeziehungen, handelt es sich „um ‚unbedingte‘ Entscheidungen [...], die von den Eltern – wenn auch in zuweilen durchaus komplizierten Aushandlungsprozessen miteinander – höchst privat und individuell getroffen werden“, schreibt Bernhard Nauck (2004, S. 62) und wundert sich daher nicht, dass die „New Home Economics [...] in diesem Forschungsgebiet zum dominanten Erklärungsparadigma“ (Nauck 2004, S. 63) avancierte. Kritiker dieses harten Rational-Choice-Ansatzes – zu nennen wären beispielsweise Harvey A. Leibenstein (1981) oder Günter Burkhart (1994) – argumentieren dagegen, dass ein Großteil der Geburten lediglich auf Basis der Entscheidung beruht, sich nicht zu entscheiden. Das Unterlassen einer aktiven Entscheidung schließt dabei Intentionalität keineswegs aus. Ausnahmen von dieser Regel stellen jedoch einerseits unintendierte Schwangerschaften dar, wie sie in unteren sozialen Schichten sowie in weniger entwickelten Gesellschaften häufiger zu beobachten sind, und andererseits unerfüllte Kinderwünsche infolge biologischer Unfruchtbarkeit.⁴

Daten über ungewollte Schwangerschaften sind nicht überreichlich vorhanden. Jedoch stellt Stan Henshaw (1998) für die USA fest, dass 30,7 % der Schwangerschaften von verheirateten und über 70 % der Schwangerschaften von unverheirateten Frauen unintendiert sind. Zu ähnlichen Befunden gelangt auch Cornelia Helfferich (2001, 2016) bei ihren Studien zu Lebensläufen und Familienplanung im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Gemäß ihren Daten beläuft sich der Anteil nicht intendierter Schwangerschaften (in Baden-Württemberg) auf ein Drittel bis ein Viertel der ersten Übergänge zur Elternschaft. Über die Zeit sind nicht geplante Schwangerschaften rückläufig.

⁴Nicht unterschlagen werden darf, dass in beiden Fällen das daran anschließende Handeln rational motiviert sein kann: man entscheidet sich das Kind auszutragen oder die Schwangerschaft abzubrechen; man schickt sich in die biologischen Gegebenheiten oder man nutzt gezielt Assisted Reproductive Technologies.

Noch prekärer ist die Datenlage zur ungewollten Kinderlosigkeit. In Deutschland haben 30 % der über 20-Jährigen keine Kinder. Davon geben drei Viertel zu Protokoll, gewollt kinderlos und ein Viertel, ungewollt kinderlos zu sein (vgl. BMFSFJ 2015). Die Abgrenzung zwischen gewollter und ungewollter Kinderlosigkeit weist eine beträchtliche Unschärfe und fließende Übergänge auf. Die Schwierigkeit lässt sich anhand der altersspezifischen Verlaufsmuster von Schwangerschaften, respektive der biologischen Fruchtbarkeit, erläutern. Die Wahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft ist naturgemäß bei der Altersgruppe 20 bis 25 am höchsten und sinkt bis zum 40. Lebensjahr kontinuierlich. Anschließend tendiert die Likelihood einer Schwangerschaft rasch gegen Null. Im historischen Zeitverlauf erhöht sich das Reproduktionsalter europaweit zusehends (fertility postponement, vgl. Goldstein und Cassidy 2014). Verursacht wird diese Verzögerung des reproduktiven Verhaltens insbesondere durch makrosoziologische Prozesse, wie etwa die Bildungsexpansion (Ní Bhrolcháin und Beaujouan 2012). Umgekehrt liegt die Prävalenz der biologischen Unfruchtbarkeit bis zum 30. Altersjahr bei unter 10 %. Im weiteren Lebensverlauf steigt die Likelihood der biologischen Unfruchtbarkeit exponentiell an (Carcio 1998; Rosenthal 2002). Wenn sich also europaweit das Erstgebäralter von Frauen seit den 1980er-Jahren von 24 bis 28 Jahre auf mittlerweile 27 bis 32 Jahre erhöht hat, kann gerade bei Frauen, die ihren Kinderwunsch sehr spät realisieren wollen, auf eine tendenzielle Zunahme ungewollter Kinderlosigkeit geschlossen werden. Dies deckt sich auch mit dem Befund, wonach das Erstgebäralter sehr hoch mit dem Anteil Kinderloser korreliert ist ($r=.663$ für Kinderlose des Jahrgangs 1970 mit dem Alter der Mutter bei der ersten Geburt 2014; $n=25$).

Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass es sicher verfehlt wäre, die zunehmende Kinderlosigkeit auf mangelnde Solidarität zu reduzieren. Vielmehr erweist sich Kinderlosigkeit als ein komplexes Amalgam aus persönlichem Wollen (freie Wahl einer Lebensform), physischem Können (u. a. den biologischen und medizinischen Rahmenbedingungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene⁵) und dem von makrosoziologischen Normen und Strukturen geprägten sozialen Dürfen. Der Familien- und Bevölkerungspolitik kommt in diesem Gefüge eine vermittelnde Bedeutung zuteil.

⁵Der Fortschritt bei den Assisted Reproductive Technologies (ART), wie die Möglichkeiten der In-vitro-Fertilisation oder das Social Freezing dürfte sich inskünftig eher dämpfend auf die Entwicklung der Kinderlosigkeit auswirken.

2.2 Entwicklung der Kinderlosigkeit in Europa

Im Unterschied zu den Geburten ist es nicht gerade einfach, den Sachverhalt der Kinderlosigkeit empirisch zu erfassen. Ob eine Frau endgültig kinderlos bleibt, kann erst nach Ende ihrer reproduktiven Phase ermittelt werden. Entsprechend fußen Indikatoren zur Kinderlosigkeit auf Kohorteninformationen und reichen damit nicht bis in die jeweils rezente Gegenwart. Reliable Berechnungen sind derzeit bis zum Geburtsjahrgang 1970 möglich. Das entspricht auf der historischen Zeitachse den 1990er-Jahren. Als Datenquellen können sowohl Vollerhebungen wie Volkszählungen, Geburtenregister oder die Bevölkerungsstandstatistik wie auch (retrospektive) Surveys dienen. Erschwert wird die Ermittlung vergleichbarer Daten durch unterschiedliche Erfassungsmethoden.⁶ Schätzungen anhand von Befragungsdaten basieren meist auf dem Konzept der Familienzuwachswahrscheinlichkeiten, den „parity progression ratios“ (Barkalov und Dorbritz 1996). Die Schätzung der Kinderlosigkeit kann je nach Berechnungsweise im höheren einstelligen Prozentbereich divergieren (Sobotka 2017, S. 24 f.). Im vorliegenden Aufsatz stützen wir uns aufgrund dieser Reliabilitätsproblematik auf Daten der Human Fertility Database (2018). Diese liefert qualitativ hochwertige und vergleichbare Indikatoren für rund 30 europäische Länder.

Wenn von einem Anstieg der Kinderlosigkeit die Rede ist, wird oft nicht beachtet, dass dieser bei den rund zehn Ländern, für welche entsprechende Zeitreihen vorliegen, einen asymmetrisch kurvilinearen Verlauf aufweist (Sobotka 2017, S. 28–31). Selbst in Frankreich und Schweden brachte fast jede vierte Frau der Geburtsjahrgänge 1900 bis 1910 keine Kinder zur Welt. Die hochfertile Phase dieser Kohorten koinzidiert mit dem Ende des demografischen Übergangs, dem ersten Weltkrieg und der Wirtschaftskrise. Die geringste Kinderlosigkeit war damals in mittelosteuropäischen Ländern (CS, SR, SLO, H) zu beobachten. In der Folgezeit sank die Kinderlosigkeit kontinuierlich bis zum Kulminationspunkt des Babybooms (Geburtsjahrgänge um 1940). Im europäischen Durchschnitt (24 Länder) blieb ca. jede zehnte Frau zeitlebens kinderlos. In dieser Epoche stellt man überdies die kleinste Streuung zwischen den Ländern fest. Östlich der Hajnal-Linie (Hajnal 1965) variieren die Werte zwischen 5 und 10 %, westlich davon zwischen 9 und 16 %. Spitzentreiter waren damals Irland und die Schweiz. Seit dem „golden age of marriage“ and fertility (Festy 1980) steigt die Kinderlosigkeit in allen Ländern an, wobei sich die jeweiligen Pfade stark unterscheiden.

⁶Beispielsweise wird je nach Land die Parität einer Geburt auf den gesamten Lebenslauf einer Frau oder aber auf die aktuelle Partnerschaft bezogen.

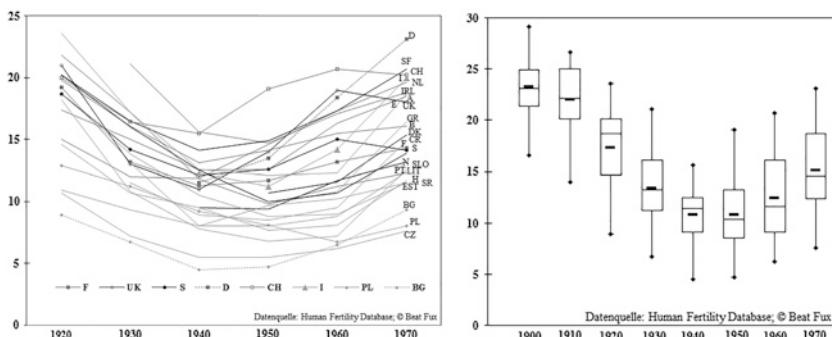


Abb. 1 Entwicklung der Kinderlosigkeit in ausgewählten europäischen Ländern © Beat Fux

In Deutschland, der Schweiz sowie tendenziell auch in Österreich und in den Niederlanden setzte unmittelbar mit dem jüngeren Geburtenrückgang um 1970 (ab Geburtskohorte 1940; vgl. Abb. 1) ein starkes und bis dato anhaltendes Wachstum der Kinderlosigkeit ein.⁷ Verschiedene Indizien legen nahe, dass der Trend abflachen wird. In den übrigen westeuropäischen Ländern (B, F, UK, IRL) begann der Anstieg etwas später (ca. ab Kohorte 1945). Die Steigung ist etwas geringer und außerdem flachen die Kurven ab dem Geburtsjahrgang 1965 deutlich ab. Innerhalb dieser Ländergruppe ist Frankreich ein Ausreißer gegen unten (Köppen et al. 2017). In den nordischen Ländern (DK, N, S, SF) stieg die Kinderlosigkeit nach dem „Pillenknick“ sehr moderat an. Die Kurven flachen bereits ab ca. Geburtsjahrgang 1955 deutlich ab. Als Ausreißer nach oben muss Finnland erwähnt werden. Die Kinderlosigkeit lag meist ca. drei Prozentpunkte über dem Gruppendurchschnitt und dieser Trend hält bis in die Gegenwart an (vgl. Rotkirch und Miettinen 2017). Einem vierten Pfad folgen die südeuropäischen Länder (E, GR, I, PT). Dort stagnierte die Kinderlosigkeit bis zu den Kohorten um 1960 auf einem tiefen Niveau (9–11 %) und verdoppelte sich quasi innerhalb einer Dekade. Die osteuropäischen Länder (CR, CZ, H, PL, SR, SLO, EST, LIT, BG, RU) wiesen zu Beginn des zweiten demografischen Übergangs die niedrigsten Anteile Kinderloser auf. Die Prävalenzen streuen zwischen 4,5 (BG) und 12,5 % (RU) und haben sich seither nur geringfügig erhöht.

⁷Die in unserer Abbildung dargestellte Trendabschwächung kann, wie Marion Burkimsher und Kryštof Zeman (2017) belegen, nicht als gesichert gelten. Für Deutschland ist zu differenzieren, dass in den neuen Bundesländern die Kinderlosigkeit bis zur Kohorte 1960 auf einem Niveau von ca. 10 % verharrt. Seit der Wende steigt auch dort die Kinderlosigkeit mit nahezu identischer Steigung an. Aufgrund der unterschiedlichen Startzeitpunkte differiert die Prävalenz aktuell um ca. 6 Prozentpunkte.

Als die wohl wichtigste Determinante für die zunehmende Kinderlosigkeit seit den 1970er-Jahren wird die Bildung ins Treffen geführt (Neyer et al. 2017; Köppen et al. 2017). Eine Ausnahme stellen diesbezüglich die osteuropäischen Länder dar. Obwohl auch dort in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Bildungsexpansion zu beobachten war, dürfte ein Relikt aus der sozialistischen Ära, nämlich die vergleichsweise gut ausgebauten Betreuungseinrichtungen für Kinder in Verbindung mit einem familialistisch geprägten Normengefüge, erklären, dass Kinderlosigkeit dort über alle Bildungsniveaus hinweg etwa gleich verbreitet ist. Der Mechanismus, welcher in den übrigen europäischen Ländern insbesondere höher gebildete Frauen auf Kinder verzichten lässt, liegt sowohl in der verlängerten Ausbildungsdauer und dem daraus resultierenden Aufschub der biologischen Reproduktion als auch in der Konkurrenz zwischen meritokratischen Leitvorstellungen und familienorientierten Werthaltungen, respektive auf der Verhaltensebene bei einer nicht austarierten Work-Life-Balance.

Mit diesem Erklärungsansatz lassen sich die oben beschriebenen Trajektorien in den Ländergruppen recht gut rekonstruieren. In Ländern mit einer ausgeprägten Bildungs- und Leistungsorientierung verursacht die Bildungs- und Erwerbsintegration von Frauen soziale Konfliktlagen, die immer dann den Verzicht auf Kinder begünstigen, wenn keine wirksamen Gegenkräfte ins Spiel kommen. Vor allem drei Faktoren gilt es hervorzuheben. 1) In kultureller Hinsicht begünstigen familienorientierte Werthaltungen und starke Familienbindungen die geschlechtspezifische Segregation. 2) In wirtschaftlicher Hinsicht drosseln einerseits die ökonomische Performanz eines Landes und andererseits strukturkonservative korporatistische Strukturen die Teilhabe der Frauen am Erwerbsleben und vermindern auf diesem Weg die Entscheidungskonflikte. Dieser Faktor dürfte sich sowohl auf das Ausmaß der Kinderlosigkeit wie auch auf den Zeitpunkt des einsetzenden Anstiegs der Kinderlosigkeit auswirken. 3) Außerdem verringern Familienpolitiken, welche sich an einem Ausgleich der Familienleistungen (und nicht bloß der Familienlasten)⁸ orientieren, die also entweder großzügige

⁸Der 7. Familienbericht der deutschen Bundesregierung (BMFSFJ 2006, S. 56, Fußnote) definiert diese Konzepte wie folgt: „Familienpolitische Leistungen, die aus dem Kriterium der Bedarfsgerechtigkeit und der Lebensstandardisierung abgeleitet sind, zielen darauf ab, bestimmte Belastungen der Eltern zu kompensieren, die durch die Geburt und Erziehung der Kinder entstehen. Diese Instrumente lassen sich unter dem Oberbegriff des *Familienlastenausgleichs* zusammenfassen. Daneben ist es eine weitere Aufgabe der staatlichen Familienpolitik, jene Leistungen der Erziehung, Versorgung und Bildung der Kinder zu kompensieren, die die Familien für die Gesellschaft erbringen, die aber nicht über den Markt abgegolten werden. Diese Leistungen fasst man als *Familienleistungsausgleich* zusammen.“ (Hervorhebungen BF).

Karenzregelungen oder aber umfassende Betreuungsangebote sowie universelle Anrechte auf familienrelevante Dienstleistungen anbieten, die Prävalenz der Kinderlosigkeit. Im Gegensatz zu diesen drei konfliktreduzierenden Faktoren intensivieren akute Wirtschaftskrisen die generativen Entscheidungskonflikte und tragen somit zu einer Erhöhung der Kinderlosigkeit bei (Goldstein et al. 2013).

Die fünf oben beschriebenen Entwicklungspfade lassen sich nun durch charakteristische Konstellationen dieser Faktoren charakterisieren. In den marktliberalen Ländern, in welchen das meritokratische Prinzip sehr ausgeprägt ist (prototypisch die Schweiz, aber auch Deutschland, die Niederlande oder Österreich), fehlen die Gegenkräfte weitgehend, weshalb der Anstieg der jüngeren Kinderlosigkeit vergleichsweise früh einsetzt sowie die Anteile der Kinderlosen dort am höchsten sind. In den übrigen westeuropäischen Ländern mit Ausnahme Frankreichs tragen einerseits der kulturelle Familialismus und andererseits korporatistische Strukturen, die den Erhalt berufsständischer und familialer Strukturen bezwecken, dazu bei, dass der Wiederanstieg der Kinderlosigkeit später erfolgt sowie in quantitativer Hinsicht moderater ausfällt. Frankreich folgt einem anderen Muster. Infolge der Besonderheiten der demografischen Entwicklung wurde dort sehr früh eine dezidiert natalistische Familienpolitik etabliert (Schultheis 1988) und der französische Laizismus, mit dem diese Politik legitimiert wird (Köppen et al. 2017, S. 78), erklärt hinsichtlich der schwachen Verbreitung der Kinderlosigkeit die Verwandtschaft mit den nordischen Ländern. In den sozialdemokratisch geprägten Ländern Nordeuropas trägt in erster Linie die bereits in den 1930er-Jahren von Alva und Gunnar Myrdal konzipierte umverteilungsorientierte Familienpolitik (Myrdal und Myrdal 1934) dazu bei, dass es nur zu einem sehr schwachen Ansteigen des Kinderlosanteils kommt. Während Dänemark und Norwegen dem schwedischen Muster folgen, weist Finnland deutlich andere Bildungs- und Arbeitsmarktstrukturen auf und kongruiert, was die Entwicklung der Kinderlosigkeit angeht, eher mit den westeuropäischen Ländern. Im Süden Europas hält das Zusammentreffen von volkswirtschaftlicher Schwäche, kulturellem Familialismus und strukturkonservativem Korporatismus die Kinderlosigkeit auf einem konstant niedrigen Niveau. Erst im Zuge der jüngeren Wirtschaftskrisen kommt es zu einem explosionsartigen Anstieg. Die nachhaltige Wirkung des osteuropäischen Heiratsmusters (Hajnal 1965), welches mit dem kulturellen Familialismus korrespondiert, zusammen mit Familienpolitiken („socialist legacy“), die zwar finanziell wenig attraktiv, jedoch alltagspraktisch zweckmäßig erscheinen (Karenzregelungen, Betreuungseinrichtungen), erklären die bis heute geringe Prävalenz der Kinderlosigkeit in den mittel- und südosteuropäischen Ländern.

Den bislang etwas thetisch gebliebenen Zusammenhängen zwischen Kinderlosigkeit und Familialismus sowie Kinderlosigkeit und Familienpolitik soll im Folgenden empirisch nachgegangen werden.

2.3 Die Akzeptanz von Kinderlosen

Um zu prüfen, inwieweit Kinderlosigkeit als Emergenzprodukt kultureller Modernisierung zu sehen ist, untersuchen wir die Akzeptanz der Kinderlosigkeit. Als Datengrundlage bietet sich der European Social Survey (ESS) an. In Anbetracht der Kongruenz mit den Kohorten, für die gesicherte Daten zur Kinderlosigkeit vorliegen, stützen wir uns auf die 2006 durchgeführte zweite Welle dieses international vergleichenden Surveys. Der Datensatz enthält eine Variable, die gezielt die Akzeptanz von Kinderlosigkeit erfasst: „Approve if person chooses never to have children“ (ESS 2006). Die Antwortvorgaben sind fünfstufig (starke Zustimmung bis starke Ablehnung).

Männer und Frauen unterscheiden sich bezüglich der Akzeptanz nur unwesentlich, und zwischen der Kinderlosigkeit und der Ablehnung von Kinderlosen besteht eine hohe negative Korrelation ($r = -.624$; 19 Länder). In Großbritannien, Schweden, Dänemark, der Schweiz und den Niederlanden wird der Verzicht auf Kinder von zehn und weniger Prozent der Befragten abgelehnt. Etwas skeptischer (Ablehnung zwischen 10 und 20 %) sind die Befragten in Finnland, Irland, Spanien und Österreich. In Frankreich und Deutschland lehnt rund jede dritte Person Kinderlosigkeit ab. Als weit skeptischer erweisen sich die Befragten aus den östeuropäischen Ländern, wo bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung keine Akzeptanz für ein Leben ohne Kinder vorhanden ist. Die stärkste Ablehnung findet man in Bulgarien, wo über 80 % diese Lebensform dezidiert ablehnen.

Differenziert man nach Geburtskohorten, dann lässt sich feststellen, dass bei den Geburtsjahrgängen ab 1940, also ab dem Beginn des zweiten demografischen Übergangs, insbesondere in Ländern wie Österreich, Deutschland und Frankreich, aber auch einigen südeuropäischen Staaten, die Akzeptanz der Kinderlosigkeit stark zugenommen hat: In Österreich verringerte sich die Ablehnung von über 50 % auf gut 20 %, in Frankreich, Deutschland oder Spanien von Werten um 40 % auf ebenfalls 20 %. Auch in den nordischen und liberalen Ländern sowie in Osteuropa stieg die Akzeptanz der Kinderlosigkeit um das Jahr 1970 an. Bei den jüngeren Geburtskohorten kam es zu einer Stagnation. Dies legt nahe, dass das beschriebene Gefälle in der sozialen Akzeptanz von Kinderlosen zwischen Nord- und Westeuropa auf der einen sowie Süd- und Osteuropa auf der anderen Seite bis in die rezente Gegenwart Bestand hat.

Es versteht sich, dass der gewählte Indikator nur einen Aspekt des kulturellen Familialismus widerspiegelt. Gleichwohl bestätigen diese Befunde, dass die Selbstverständlichkeit von Ehe, Familie und Kindern sowohl in Osteuropa als auch in den südeuropäischen Ländern von nachhaltiger Bedeutung ist.

2.4 Familienpolitische Regime in Europa

Um die These zu untermauern, dass sich die Ausgestaltung der Familienpolitik dämpfend auf die Prävalenz von Kinderlosigkeit auswirkt, versuchen wir die familienpolitischen Systeme von 28 Ländern zu typologisieren. Verwendet wird ein faktorenanalytisches Verfahren, die Biplot-Technik (Gabriel 1971). In die Analyse sind 18 Indikatoren eingeflossen, die sich jeweils auf zwei Zeitpunkte beziehen. Um die familienpolitischen Strukturen zeitlich mit den Daten zur Kinderlosigkeit abzulegen, verwendeten wir Informationen für 2004 und 2009. Die Daten stammen einerseits aus der Social Expenditure Database SOCX der OECD (2016) sowie aus der am Berliner WZB entwickelten Multilinks Database on Intergenerational Policy Indicators (Multilinks 2011). Folgende Indikatoren wurden verwendet: die staatlichen Sozialausgaben für die Familie in % des BIP (einerseits die cash benefits und andererseits die Ausgaben für Services), die Dauer der Mütterkarenz unter Berücksichtigung der Lohnfortzahlung, die Dauer des Vaterschaftsurlaubs, die Höhe und die Ausgestaltung des Kindergelds (Höhe der kaufkraftbereinigten Kinderzulagen in Euro, die rangspezifische respektive altersspezifische Staffelung der Kinderzulagen sowie die Höhe einer allfälligen Geburtszulage), die Entlastung eines Ehepaars mit 2 Kindern im Vergleich zu einer alleinstehenden Person bei den Einkommenssteuern, die Einschulung von Kleinkindern in Betreuungseinrichtungen (für Kinder unter 2 Jahren, respektive für Kinder zwischen 3 und 5 Jahren) sowie der durchschnittliche Kostenaufwand für die außerhäusliche Kinderbetreuung.

Das Biplot-Verfahren bündelt einerseits die Indikatoren zu Faktoren (linke Teilgrafik). Andererseits lassen sich diese gemeinsam mit den Beobachtungseinheiten, im vorliegenden Fall also den Ländern darstellen (rechte Teilgrafik). Auf diesem Weg lassen sich die inhaltlichen Foci nationaler Politiken recht gut visualisieren.

Die 18 Indikatoren lassen sich zu vier Hauptfaktoren zusammenfassen (Abb. 2, linke Teilgrafik). Einen ersten Faktor stellen die fiskalpolitischen Instrumente zur Entlastung von Familien bei den Einkommenssteuern dar (vertikale Achse). Konträr dazu werden auf der horizontalen Achse die staatlichen Aufwendungen für familiale Dienste sowie die Einschulung von Kleinkindern in Betreuungseinrichtungen zu einem Faktor zusammengefasst. Wir bezeichnen diesen als „Leistungsausgleich“. Im ersten Quadranten finden sich die meisten Indikatoren für monetäre Transfers, weshalb wir den dritten Faktor als „Lastenausgleich“ bezeichnen. Auf den vierten Faktor im zweiten Quadranten laden alle Indikatoren zur Regelung der Elternkarenz sowie die Vergabe von Geburtszulagen. Der Vaterschaftsurlaub sowie die Kosten für die Kinderbetreuung sind Indikatoren, die von den Hauptfaktoren vergleichsweise schlechter erfasst werden.

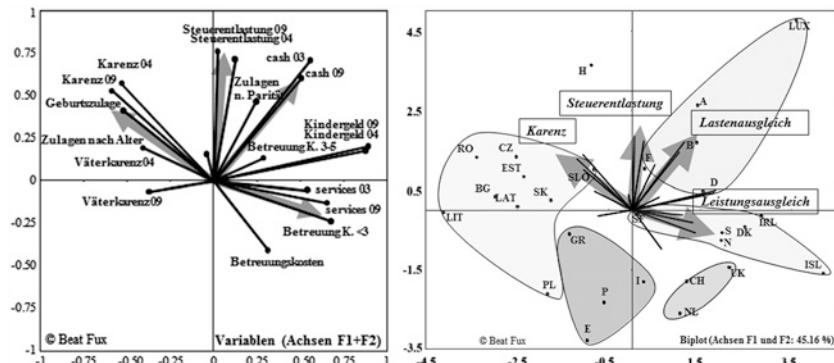


Abb. 2 Heterogenität der Familienpolitik in europäischen Ländern (Biplot-Analyse)

Auf der rechten Teilgrafik (Abb. 2) werden die Länder situiert. Die Lage resultiert aus der statistischen Nähe zu den Indikatoren, respektive Hauptfaktoren. Alle nordischen Länder sowie tendenziell auch Großbritannien und Irland orientieren ihre Politik am Konzept des Leistungsausgleichs. Die zentrale Lage Finnlands erklärt sich dadurch, dass die Politik auch mit den anderen Faktoren korreliert, also zwar dem Muster folgt, jedoch auf weniger profilierte Art. Die exzentrische Lage Islands indiziert, dass das Land zwar dem Muster folgt, jedoch ist die Kohärenz weniger ausgeprägt. Ein zweites Cluster bilden alle westeuropäischen Länder. Sie streben mit ihrer Familienpolitik prioritätär einen Lastenausgleich an. Weil Frankreich eine ausgeprägte natalistische Politik verfolgt (paritätsspezifische Zulagen), situiert sich das Land am Rand des Clusters. Die südeuropäischen Länder lagern auf der gleichen Dimension wie die westeuropäischen, was darauf hinweist, dass sie zwar die gleichen Instrumente bevorzugen, jedoch in weit schwächerem Ausmaß. Die osteuropäischen Länder bilden ein vergleichsweise dichtes Cluster. Die inhaltliche Gemeinsamkeit ihrer Familienpolitik besteht darin, dass der Mutterschaftsurlaub zentral ist. Die konträre Lage zu den nordischen Ländern bestätigt aber auch, dass sich die Großzügigkeit der Karentzregelungen zwischen ost- und nordeuropäischen Ländern stark unterscheidet. Die Schweiz und die Niederlande situieren sich entlang der Steuerentlastungsdimension, jedoch auf dem Ast, der eine relativ geringfügige Entlastung bezeichnet. Außerdem charakterisieren sich die beiden Länder durch vergleichsweise teure Betreuungseinrichtungen.

Setzt man die Befunde in Bezug zur Kinderlosigkeit, dann sprechen die Ergebnisse dafür, dass sowohl eine Familienpolitik, die sich am Leistungsausgleich orientiert, als auch eine explizit natalistische Politik (vgl. Frankreich) einen modierenden Effekt auf die Entwicklung der Kinderlosigkeit haben. Das gewählte Verfahren erlaubt indes nicht, von kausalen Zusammenhängen zu sprechen.

3 Kinderlosigkeit und Generationenvertrag

Dass sich der Wandel generativen Verhaltens einschließlich der Entwicklung der Kinderlosigkeit auf den Generationenvertrag auswirkt, ist unbestritten. Die Sachlage ist indes nicht ganz einfach dingfest zu machen. Zunächst gilt es den Generationenbegriff zu klären (vgl. auch Kaufmann 2005, Kap. 7). Als Generationen werden zunächst in synchroner Perspektive die quantitativen Relationen zwischen den drei Altersgruppen a) Kinder und Jugendliche, b) Erwachsene sowie c) Alte gefasst. Die Abgrenzungen zwischen diesen Gruppen basieren auf rechtlichen und institutionellen Festlegungen (z. B. Mündigkeitsalter, Kinderschutz im Arbeitsrecht, geschlechtsspezifisches Verrentungsalter) und sind letztlich politische Festlegungen. Aufgrund solcher Institutionalisierungen werden bestimmte Funktionen sozialisiert, die zuvor der Autonomie der Familie (im Sinn der natürlichen Generationenfolge) oblagen (z. B. Ausbildung, Pflege usw.). Auf diesem Weg schafft die Gesellschaft einerseits eine soziale Ungleichheit, respektive soziale Lage, die mit anderen Ungleichheiten wie der Klassen- oder Geschlechterlage strukturanalog ist (vgl. Mannheim 1970). Andererseits verpflichtet sich die Gesellschaft auch, die ihr übertragenen neuen Aufgaben optimal zu erfüllen. Somit kann sie von den Individuen solidarisches Handeln einfordern. Das entspricht dem Sachverhalt eines institutionellen Solidarvertrags.

Die eigentlichen Probleme werden sichtbar, wenn wir uns die Generationendynamik vor Augen führen. Die relativen Größen der Generation lassen sich mithilfe der Lastquoten darstellen ($\text{Jugendlastquote} = P_{0-15}/P_{15-65} * 100$; $\text{Alterslastquote} = P_{65+}/P_{15-65} * 100$). Während die Jugendlast vor allem durch die Entwicklung der Fertilität determiniert wird, hängt die Alterslast stärker mit der Verbesserung der medizinischen Verhältnisse zusammen.

Der zweite demografische Übergang führte europaweit zu einem Rückgang der Geburtenziffern (vgl. Abb. 3). Seit den späten 1980er-Jahren rangieren alle europäischen Länder unterhalb der Schwelle zur Bestandssicherung ($\text{TFR} = 2,1$). Die Entwicklung zeichnet sich unter anderem durch zeitliche Verschiebungen strukturell ähnlicher Prozesse aus.⁹ Wiesen um 1970 die nordischen Länder die tiefste Fertilität auf, so verschiebt sich die TFR-Untergrenze quasi im

⁹Dabei dürfen nationale Besonderheiten und die Bezüge zur Familienpolitik nicht außer Acht gelassen werden. Vgl. diesbezüglich u. a. Franz Schultheis (1988) für Frankreich; Britta Hoem und Jan M. Hoem (1996) bezüglich der „roller-coaster fertility“ Schwedens oder Beat Fux (1994) für die deutschsprachigen Länder.

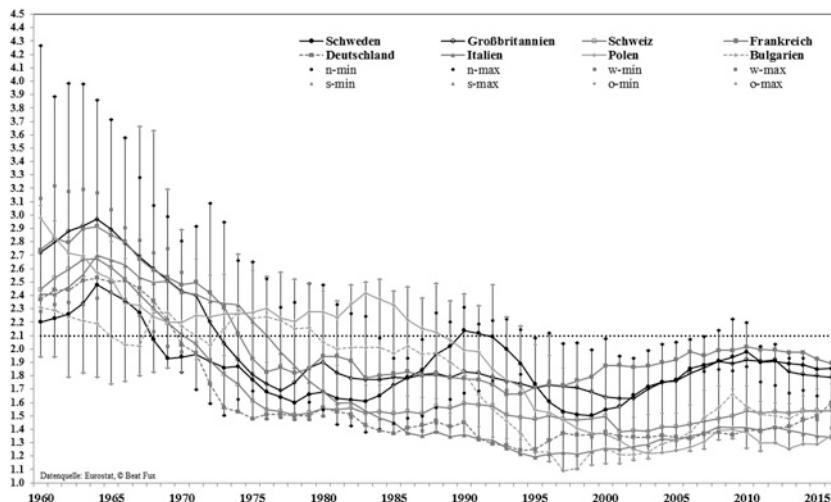


Abb. 3 Fertilitätsentwicklung (TFR) europäischer Länder 1960–2017

Dekadenrhythmus geografisch zu den west-, süd- und heute osteuropäischen Ländern. Insbesondere unter den Vorreitern dieses Prozesses stellt man heute eine leichte Erholung der Geburtenziffern fest (u. a. nordische Länder, Frankreich, UK). Auch wenn sich diese Trendwende in die übrigen Regionen Europas fortpflanzen dürfte, kann langfristig nicht mit einer bestandserhaltenden Fertilität gerechnet werden (Huinink 2007), da der gesamtgesellschaftliche Strukturwandel (u. a. Bildungs- und Erwerbsintegration von Frauen) den Aufschub und Verzicht auf Kinder stimulieren wird (Pötzsch 2013). Mit der anhaltend schwachen Fertilität korrespondiert die Jugendlastquote, welche sich gemäß den Bevölkerungsvorausschätzungen von Eurostat mit einer Spannweite zwischen 20 und 30 % bis 2050 relativ stetig entwickelt. Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei der Alterslastquote, die bis in die Mitte des Jahrhunderts stark anwachsen wird (vgl. Abb. 4).¹⁰

¹⁰Zwischen den europäischen Regionen unterscheiden sich die Pfade der demografischen Alterung in Abhängigkeit von der Fertilität erheblich. Während die nordischen Länder mit einer vergleichsweise schwachen Alterung konfrontiert sein werden, erhöht sich die Alterslast mit der gleichen zeitlichen Staffelung der Länder wie bei den Geburtenziffern in weit höherem Ausmaß.

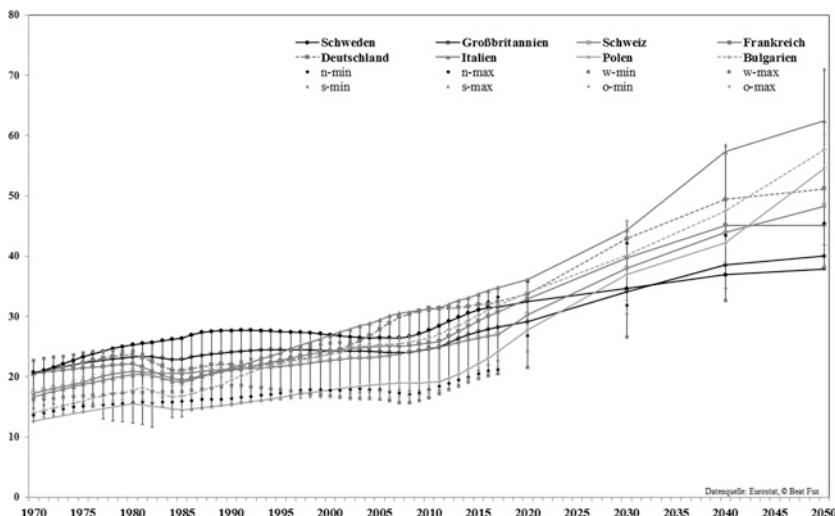


Abb. 4 Alterslastquotient europäischer Länder 1970–2050

Weil in den europäischen Ländern beim Solidarvertrag zwischen den Generationen die Aufwendungen für die ältere Generation mittels institutioneller sozialstaatlicher Regelungen (u. a. Rentenpolitik, Umlageverfahren) kollektiviert wurden (im Kontrast dazu werden die Kosten für das Aufbringen der nachwachsenden Generationen nach wie vor überwiegend von den Eltern getragen) (vgl. Kaufmann 2005, S. 213)¹¹, führt die Erhöhung der Alterslast zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Altersrenten. Der Sozialstaat steht somit in der Pflicht, gerechte Lösungen für das Problem zu entwickeln, um strukturelle Generationenkonflikte zu vermeiden.

Der Politik und näher hin dem Sozialstaat stehen hierfür – zumindest theoretisch – unterschiedliche Optionen zur Verfügung. Eine boomende Ökonomie und die verstärkte Erwerbsintegration der Frauen vergrößern die mittlere Generation

¹¹Franz-Xaver Kaufmann erörtert in diesem Zusammenhang am Beispiel Deutschlands den Verzicht auf die Einführung einer Kinder- und Jugendrente, wie sie von Wilfrid Schreiber (1955, S. 31–35) eingefordert wurde. In vergleichender Perspektive können die natalistische Familienpolitik Frankreichs oder die familienleistungsorientierten Familienpolitiken der nordischen Länder als alternative Lösungspfade für die absehbaren Probleme des altersmäßigen Generationengefüges infolge des demografischen Wandels interpretiert werden.

sowie die Summe ihrer monetären Beiträge und reduzieren dadurch die Alterslast. Auch der vermehrten Zuwanderung in der mittleren Generation wird eine entlastende Wirkung zugebilligt.¹² Denkbar wäre weiter eine Dynamisierung des Renteneintrittsalters durch eine Kopplung mit der ferneren Lebenserwartung.¹³ Eine weitere Form der Entlastung von Moral-Hazard-Verhalten könnte darin bestehen, dass Personen, die keine Elternverantwortung übernehmen, jedoch vom Äquivalenzprinzip bei den Rentenbeiträgen und -leistungen profitieren, stärker in die Pflicht genommen werden.¹⁴ Diese rudimentären Hinweise verdeutlichen, dass der Generationenvertrag in der synchronen Perspektive und erst recht das Ziel einer diachronen und nachhaltigen Generationengerechtigkeit mit einfachen und populistischen Lösungsvorschlägen nicht zu erreichen sein dürfte. Die Wahl einer sozialpolitischen Strategie ist eng an strukturelle Rahmenbedingungen, länderspezifische Traditionen sowie politische Kräftekonstellationen gekoppelt. David Thomson (1989) und Lutz Leisering (2000) haben nachgewiesen, dass jede Vorgehensweise Gewinner und Verlierer des Wohlfahrtsstaates, respektive „Sozialstaatsgenerationen“ produziert. Weil der Generationenvertrag trotz heftiger ideologischer Kontroversen bislang noch nicht in einen manifesten, strukturellen Generationenkonflikt mündete, erörtern wir in einem letzten Schritt die sozialpolitischen Herausforderungen der zunehmenden Kinderlosigkeit auf der Mikroebene.

¹²Eine replacement migration, mit der eine konstante Alterslastquote angestrebt wird, ist jedoch aus numerischen Gründen illusorisch. Gemäß Kalkulationen der UNO (2001) bräuchte Deutschland eine jährliche Nettozuwanderung in der Höhe des 1,8-fachen der Flüchtlingswelle 2015 (d. h. 3,63 Mio. Zuwanderer), um die Alterslast auszugleichen. Innerhalb der EU wären jährlich 13,48 Mio. Zuwanderer_innen nötig.

¹³Anknüpfend an Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Gesamtlastquote und Fertilität (Bourgeois-Pichat 1950; Feichtinger 1979, S. 202 ff.; Kaufmann 2005, S. 218 f.) lässt sich ermitteln, dass eine Erhöhung des Rentenalters um fünf Jahre approximativ einer Erhöhung der Nettoreproduktionsrate um 0,3 Kinder gleichkäme.

¹⁴Eine direkte Stimulierung des reproduktiven Verhaltens über Anreize oder Strafen dürfte wenig erfolgreich sein. In der einschlägigen Literatur finden sich vielfältige indirekte Ansätze, wie sich die Effekte aus dem Moral-Hazard-Verhalten von Kinderlosen ausgleichen lassen. Personen, die nicht ins zukünftige Humanvermögen investieren (Kaufmann 2005, S. 224 ff., vgl. auch Sinn 2003, S. 87, 389 ff.) könnten zur Vermögens- oder Ersparnisbildung verpflichtet werden; Rentenkürzungen, die sich aus demografischen Gründen aufdrängen, ließen sich umgekehrt zur Kinderzahl staffeln; erbrachte Familienleistungen könnten bei den Rentenanwartschaften (z. B. bei den Beiträge und Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherungen) in Rechnung gestellt werden.

4 Zum Verhältnis von Kinderlosigkeit und intergenerationale Solidarität

Vern Bengtson (2001, S. 1) hat betont, dass angesichts alternder Gesellschaften, in denen traditionelle Familienformen ihre Dominanz verloren haben, intergenerationale Bindungen, Reziprozitäten und Solidarität an Bedeutung gewinnen. Wenn, wie oben ausgeführt, die zunehmende Kinderlosigkeit einen Faktor darstellt, der die wohlfahrtsstaatliche Absicherung dieses Generationenengefüges erschwert, stellt sich die Frage nach dem Wandel der Solidaritätsbeziehungen auf der individuellen Ebene. Im Blickfeld steht ein Vergleich zwischen Kinderlosen und Eltern.

Ungeachtet der unterschiedlichen Pfade (vgl. Hagestad et al. 2007), die zu Kinderlosigkeit führen – d. h. ob jemand aufgrund seiner Gesundheit, sexuellen Ausrichtung oder Karriereorientierung auf Kinder verzichtet, ob jemand keinen geeigneten Partner gefunden hat, den Zeitpunkt zur Elternschaft verpasst hat oder bewusst keine Kinder will – kann davon ausgegangen werden, dass die sozioökonomische Situation (gemessen an der Armutgefährdungsquote oder dem Äquivalenzeinkommen) von Kinderlosen im Vergleich zu Familien durchschnittlich besser ist. Die Unterschiede variieren jedoch nach Alter, Geschlecht oder Land nicht unerheblich (vgl. Koropeczyj-Cox und Call 2007). Im Süden und vor allem im Osten Europas, wo ein Leben ohne Kinder auf weniger Akzeptanz stößt sind trotz schlechterer makroökonomischer Rahmenbedingungen die Einkommensunterschiede kleiner. In den nordischen Ländern werden diese durch wohlfahrtsstaatliche Umverteilung verringert.

Kinderlose und Familien unterscheiden sich fundamental in der Zusammensetzung ihrer sozialen Netzwerke. Bei Kinderlosen sind die Bindungen zur erweiterten Familie (z. B. Kontakthäufigkeit) deutlich schwächer ausgeprägt (Wenger et al. 2016; Grundy und Read 2012). Dieses Defizit wird jedoch durch häufige Interaktionen innerhalb des erweiterten Netzwerks (Freunde, Nachbarn, Berufskollegen) kompensiert (Deindl und Brandt 2017). Während der kulturelle Familialismus in den südlichen und östlichen Ländern Europas dazu beiträgt, dass Kinderlose ihre familialen Bindungen nicht aufgeben, ist insbesondere in den nordischen Ländern eher eine Substitution des familialen durch das erweiterte Netzwerk zu beobachten.

Die Forschung zu intergenerationalen Transfers hat sich in jüngerer Zeit stark entwickelt. Dabei zeigt sich, dass sowohl emotionale Hilfeleistungen, wie auch monetäre Transfers, alltagspraktische Unterstützung oder Pflegeleistungen nach wie vor überdurchschnittlich häufig innerhalb des familialen Netzwerks erbracht werden. Gleichwohl erhalten auch Kinderlose soziale Unterstützung, sowohl

durch den Familienverbund als auch über das erweiterte Netzwerk (Deindl und Brandt 2017). Albertini und Kohli (2009, 2017) belegen, dass sich die Austauschbeziehungen nicht nur auf den Erhalt von Leistungen beschränken. Insbesondere in mittleren Lebensabschnitten und ausgeprägter im Westen und Norden Europas beteiligen sich Kinderlose vergleichsweise intensiv in zivilgesellschaftlichen und karitativen Einrichtungen.

Kinderlosigkeit korrespondiert insbesondere im höheren Alter immer noch mit einem erhöhten Risiko zur sozialen Desintegration (Dykstra 2016). Gerade bei Bedarf nach Pflegeleistungen sind Kinderlose stärker auf institutionelle und Dienstleister angewiesen. Gleichwohl überwiegen die Befunde, wonach sich die Solidarbeziehungen sowie die soziale Zufriedenheit (well-being) zwischen Eltern und Kinderlosen tendenziell immer weniger unterscheiden. Hank und Wagner (2013) billigen der Ehe und Elternschaft einen protektiven Effekt bezüglich sozialer Desorganisation zu. In einem größeren Forschungsprojekt zu verschiedenen Aspekten der Solidarität zwischen Kinderlosen und Eltern (Dykstra et al. 2009) beobachten die Verfasser eine Nord-Süd-Spaltung in den Solidarbeziehungen. In Süd- und Osteuropa spielt der Familienkontext weiterhin eine Rolle, während im Norden die Individualisierung weiter fortgeschritten ist (Dykstra et al. 2009, S. 20).

5 Fazit

Im Zentrum dieses Beitrags stehen der Generationenvertrag und die intergenerationale Solidarität. Man kann die zunehmende Kinderlosigkeit in erster Näherung durchaus als Indikator für das Erodieren intergenerationaler Beziehungen auffassen. Bei genauerer Betrachtung erweist sich die Sachlage als komplexer. Der Befund, wonach Kinderlosigkeit während der Blütezeit des Babybooms seinen historischen Tiefststand erreichte, illustriert, dass der Verzicht auf Kinder keinesfalls auf ein Erodieren der Kleinfamilie und eine zunehmende Individualisierung zurückgeführt werden kann. Vielmehr hängt die Zunahme der Kinderlosigkeit stark mit demografischen sowie sozialstrukturellen Prozessen (u. a. Wirtschaftskraft, Bildungsexpansion, Erwerbsintegration) zusammen. Sozialpolitischen Eingriffen kann dabei ein moderierender Effekt zuerkannt werden. Problematisch wird Kinderlosigkeit vor allem im sozialpolitischen Kontext, indem sie zu einer anhaltend tiefen Fertilität beiträgt und dadurch die demografische Lastenverteilung (Generationenvertrag) aus der Balance bringt. Aus der Perspektive der Wohlfahrtsstaatsökonomie scheint der Ruf nach einer verstärkten Inpflichtnahme der Kinderlosen gerechtfertigt zu sein. Aus einer soziologischen Optik lassen sich deren volatilen Prävalenzen jedoch

mit sozio-ökonomischen und sozialstrukturellen Modernisierungsvorgängen in Zusammenhang bringen. Wer sich für eine kinderlose Lebensform entscheidet und erst recht, wer ungewollt kinderlos bleibt, macht sich daher nicht des Bruchs eines Solidarvertrags oder des Trittbrettfahrens schuldig, sondern bewegt sich innerhalb der gesellschaftlich legitimierten Handlungsspielräume.

Man könnte vermuten, dass mit der steigenden Kinderlosigkeit einerseits interpersonelles solidarisches Verhalten sowie Formen der direkten Reziprozität erodieren und andererseits, dass sich im Zuge dieser Entwicklung die Nachfrage an wohlfahrtsstaatlichen Transfers und sozialen Dienstleistungen (z. B. Pflege) erhöht. Die einschlägige Forschung zeichnet jedoch ein anderes Bild. Kinderlose scheinen die Lücken im intrafamilialen Netzwerk durch umfangreichere erweiterte Netzwerke zu substituieren. Tendenziell ersetzen sie Leistungen, die traditionell im Familienkontext erbracht wurden, durch kommerzielle Angebote. Das wird erleichtert durch die vergleichsweise gute wirtschaftliche Lage der Kinderlosen. Aufgrund der starken Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Einrichtungen ist die Gruppe gut integriert (z. B. hohe Scores bei well-being Indikatoren und tiefe Anomiewerte). Auf den meisten der erwähnten Dimensionen sind Unterschiede zwischen europäischen Ländern und Regionen zu beobachten. Gravierende Solidaritätsprobleme oder gar ein Generationenkonflikt sind indes nicht auszuspähen. Arber und Attias-Donfut (1999) bezeichnet letzteren gar als einen Mythos und sieht eine zunehmende Komplementarität zwischen privaten und öffentlichen (sozialstaatlichen) Transfers.

Literatur

Albertini, Marco, und Martin Kohli. 2009. What childless older people give: Is the generational link broken? *Ageing & Society* 29 (8): 1261–1274.

Albertini, Marco, und Martin Kohli. 2017. Childlessness and intergenerational transfers in later life. In *Childlessness in Europe: Contexts, causes, and consequences (A series of the Max Planck Institute for Demographic Research)*, Hrsg. Manuela Kreyenfeld und Dirk Konietzka, 351–368. Cham: Springer.

Arber, Sara, und Claudine Attias-Donfut. 1999. *The myth of generational conflict: The family and state in ageing societies*. London: Routledge.

Aries, Philippe. 1980. Two successive motivations for the declining birth rate in the west. *Population and Development Review* 6 (4): 645–650.

Barkalov, Nicholas B., und Jürgen Dorbritz. 1996. Measuring parity-progression ratios with competing techniques: An application to east Germany. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 21 (4): 459–505.

Bengtson, Vern L. 2001. Beyond the nuclear family: The increasing importance of multigenerational bonds. *Journal of Marriage and Family* 63 (1): 1–16.

Bourgeois-Pichat, Jean. 1950. Charges de la population active. *Journal de la Société de Statistique de Paris* 91:94–114.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. 2006. *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik: Siebter Familienbericht*. Berlin: Deutscher Bundestag.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. 2015. *Kinderlose Frauen und Männer. Ungewollte oder gewollte Kinderlosigkeit im Lebenslauf und Nutzung von Unterstützungsangeboten*. Berlin: BMFSFJ.

Burgdörfer, Friedrich. 1932. *Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers. Ein Problem der Volkswirtschaft, der Sozialpolitik, der nationalen Zukunft*. Berlin: Kurt Vowinkel.

Burgdörfer, Friedrich. 1942. *Geburtenschwund. Die Kulturkrankheit Europas und ihre Überwindung in Deutschland*. Heidelberg: Vowinkel.

Burkart, Günter. 1994. *Die Entscheidung zur Elternschaft: Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-choice-Theorien*. Stuttgart: Enke.

Burkimsher, Marion, und Kryštof Zeman. 2017. Childlessness in Switzerland and Austria. In *Childlessness in Europe: Contexts, causes, and consequences (A series of the Max Planck Institute for Demographic Research)*, Hrsg. Manuela Kreyenfeld und Dirk Konietzka, 115–137. Cham: Springer.

Carcio, Helen N. 1998. *Management of the infertile woman*. Philadelphia: Lippincott.

Deindl, Christian, und Martina Brandt. 2017. Support networks of childless older people: Informal and formal support in Europe. *Ageing & Society* 37 (8): 1543–1567.

Dykstra, Pearl A. 2016. Off the beaten track. *Research on Aging* 28 (6): 749–767.

Dykstra, Pearl A., Emily Grundy, Tineke Fokkema, Jenny de Jong Gierveld, George B. Ploubidis, Sanna Read, und Cecilia Tomassini. 2009. *Health and well-being at older ages: The interlinkage with family life histories, gender, and national contexts: Final report prepared in the context of the MAGGIE research project*. NIDI: The Hague.

European Social Survey (ESS). 2006. Appendix A3. *Variables and Questions, ESS3-2006 ed. 3.6*.

Feichtinger, Gustav. 1979. *Demographische Analyse und populationsdynamische Modelle*. Wien: Springer.

Festy, Patrick. 1980. On the new context of marriage in western Europe. *Population and Development Review* 2:311–315.

Fux, Beat. 1994. *Der familienpolitische Diskurs: Eine theoretische und empirische Untersuchung über das Zusammenwirken und den Wandel von Familienpolitik, Fertilität und Familie*. Berlin: Duncker & Humblot.

Gabriel, Kuno R. 1971. The biplot. *Biometrika* 58:453–467.

Goldstein, Joshua R., und Thomas Cassidy. 2014. A cohort model of fertility postponement. *Demography* 51 (5): 1797–1819.

Goldstein, Joshua R., Michaela Kreyenfeld, Aiva Jasilioniene, und Deniz D. Karaman Örsal. 2013. Fertility reactions to the “Great Recession” in Europe. *Demographic Research* 29:85–104.

Gronemeyer, Reimer. 2004. *Kampf der Generationen: Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts im Konflikt zwischen Jung und Alt*. München: DVA.

Grundy, Emily, und Sanna Read. 2012. Social contacts and receipt of help among older people in England: Are there benefits of having more children? *The Journals of Gerontology Series B, Psychological Sciences and Social Sciences* 67 (6): 742–754.

Hagestad, Gunhild O., und Vaugh R.A. Call. 2007. Pathways to childlessness. *Journal of Family Issues* 28 (10): 1338–1361.

Hajnal, John. 1965. European marriage patterns in perspective. In *Population in history: Essays in historical demography*, Hrsg. David V. Glass und David E.C. Eversley, 101–143. London: Arnold.

Hank, Karsten, und Michael Wagner. 2013. Parenthood, marital status, and well-being in later life: Evidence from SHARE. *Social Indicators Research* 114 (2): 639–653.

Helfferich, C. 2001. *Frauen leben: Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung*. Köln: BZgA.

Helfferich, Cornelia, Heike Klindworth, Yvonne Heine, und Ines Wlonewski. 2016. *frauen leben 3 – Familienplanung im Lebenslauf von Frauen*. Köln: BZgA.

Henshaw, Stan K. 1998. Unintended pregnancy in the United States. *Family Planning Perspectives* 30:24–46.

Hoem, Britta, und Jan M. Hoem. 1996. Sweden's family policies and roller-coaster fertility. *Jinko mondai kenkyu. [Journal of population problems]* 52 (3–4): 1–22.

Huinink, Johannes. 2007. Was soll nachhaltige Familienpolitik? Anmerkungen zum Siebten Familienbericht der Bundesregierung. *Zeitschrift für Soziologie* 36 (5): 391–395.

Kahn, Ernst. 1930. *Der internationale Geburtenstreik, Umfang, Ursachen, Wirkungen, Gegenmaßnahmen?*. Frankfurt: Societäts-Verlag.

Kaufmann, Franz-Xaver. 2005. *Schrumpfende Gesellschaft: Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Köppen, Katja, Magali Mazuy, und Laurent Toulemon. 2017. Childlessness in France. In *Childlessness in Europe: Contexts, causes, and consequences (A series of the Max Planck Institute for Demographic Research)*, Hrsg. Manuela Kreyenfeld und Dirk Konietzka, 77–95. Cham: Springer.

Koropeczyj-Cox, Tanya, und Vaugh R.A. Call. 2007. Characteristics of older childless persons and parents. *Journal of Family Issues* 28 (10): 1362–1414.

Leibenstein, Harvey A. 1981. Economic decision theory and human fertility behavior: A speculative essay. *Population and Development Review* 7 (3): 381.

Leisering, Lutz. 2000. Wohlfahrtsstaatliche Generationen. In *Generationen in Familie und Gesellschaft*, Hrsg. Martin Kohli und Marc Szydlik, 59–76. Wiesbaden: VS Verlag.

Lühdorff, Jörg. 2007. 2030 – Aufstand der Alten (ZDF-Dokumentationsfilm), <https://ssl.ofdb.de/film/116715>.

Mackenroth, Gerhard. 1953. *Bevölkerungslehre*. Berlin: Springer.

Mannheim, Karl. 1970. Das Problem der Generationen. In *Wissensoziologie. Auswahl aus dem Werk*, Hrsg. Kurt H. Wolff, 509–565. Neuwied: Luchterhand.

Max Planck Institute for Demographic Research und Vienna Institute of Demography. 2018. Human Fertility Database. www.humanfertility.org.

MISSOC. 2018. Informationssystem für soziale Sicherheit. <https://www.missoc.org/missoc-information/?lang=de>.

Multilinks. 2011. Multilinks Database on Intergenerational Policy Indicators. <http://multilinks-database.wzb.eu>.

Myrdal, Alva, und Gunnar Myrdal. 1934. *Krise in der Bevölkerungsfrage*. Stockholm: Bonnier.

Nauck, Bernhard. 2004. Kinder als Objekte individuellen und kollektiven Nutzens. Anmerkungen zur familien- und sozialpolitischen Diskussion. *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (1/2): 60–80.

Neyer, Gerda, Jan M. Hoem, und Gunnar Andersson. 2017. Education and childlessness: The influence of educational field and educational level on childlessness among Swedish and Austrian women. In *Childlessness in Europe: Contexts, causes, and consequences (A series of the Max Planck Institute for Demographic Research)*, Hrsg. Manuela Kreyenfeld und Dirk Konietzka, 183–207. Cham: Springer.

Ní Bhrolcháin, Muireann, und Eva Beaujouan. 2012. Fertility postponement is largely due to rising educational enrolment. *Population studies* 66 (3): 311–327.

OECD. 2016. Social Expenditure Database (SOCX). https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=SOCX_DET.

Pötzsch, Olga. 2013. Wie wirkt sich der Geburtenaufschub auf die Kohortenfertilität in West und Ost aus? In *WISTA – das Wissenschaftsmagazin*, Hrsg. Statistisches Bundesamt, 87–101. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Rosenthal, M. Sara. 2002. *The fertility sourcebook*. New York: McGraw Hill.

Rotkirch, Anna, und Anneli Miettinen. 2017. Childlessness in Finland. In *Childlessness in Europe: Contexts, causes, and consequences (A series of the Max Planck Institute for Demographic Research)*, Hrsg. Manuela Kreyenfeld und Dirk Konietzka, 139–158. Cham: Springer.

Schirrmacher, Frank. 2004. *Das Methusalem-Komplott*. München: Blessing.

Schreiber, Wilfrid. 2004. *Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft: unveränderter Nachdruck des „Schreiber-Planes“ zur dynamischen Rente aus dem Jahr 1955*. Köln: Bund Katholischer Unternehmer.

Schultheis, Franz. 1988. *Sozialgeschichte der französischen Familienpolitik*. New York: Campus.

Sinn, Hans-Werner. 2003. *Ist Deutschland noch zu retten?* München: Econ.

Sobotka, Tomáš. 2017. Childlessness in Europe: Reconstructing long-term trends among women born in 1900–1972. In *Childlessness in Europe: Contexts, causes, and consequences (A series of the Max Planck Institute for Demographic Research)*, Hrsg. Michaela Kreyenfeld und Dirk Konietzka, 17–53. Cham: Springer.

Statistisches Bundesamt, Hrsg. 2013. *WISTA – Das Wissenschaftsmagazin*. Wiesbaden.

Steingart, Gabor. 2005. Der deutsche Defekt. *Spiegel Special* 4:122–128.

Thomson, David. 1989. The welfare state and generation conflict: Winners and losers. In *Workers versus pensioners: Intergenerational justice in an ageing world*, Hrsg. Paul Johnson, Christoph Conrad, und David Thomson, 33–56. New York: Manchester University Press.

UNO. 2001. *Replacement migration: Is it a solution to declining and ageing populations?* New York: United Nations Population Division.

van de Kaa, Dirk Jan. 1987. Europe's second demographic transition. *Population Bulletin* 42 (1): 1–59.

Wenger, G. Clare, Pearl A. Dykstra, Tuula Melkas, und Kees C.P.M. Knipscheer. 2016. Social embeddedness and late-life parenthood. *Journal of Family Issues* 28 (11): 1419–1456.